

Position des BUND Bremen zum Bremer Konjunkturprogramm

Die sozial-ökologische Transformation bei der Überwindung der Corona-Krise zur Richtschnur machen

Grundsätze für ein Konjunkturprogramm für das Bundesland Bremen

Der BUND trägt im Rahmen der Corona-Krise die politischen Maßnahmen insbesondere zur Beschränkung von persönlichen Kontakten ausdrücklich mit und setzt sie in der gesamten Verbandsarbeit bei Haupt- und Ehrenamt um.

Mit Sorge sehen wir jedoch, wie die Corona-Krise die großen, langfristig entscheidenden Zukunftsfragen der Bewältigung von Klimakrise und Biodiversitätsverlust an den Rand drängt. Zwar bekommt auch das Klima eine Corona-bedingte Atempause, die jedoch nur ein reiner Kurzeffekt bleiben wird, wenn es bei der nun beginnenden Krisenbewältigung nicht gelingt, die sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft und die Regulierung der wachstumsabhängigen globalisierten Wirtschaftsordnung voranzutreiben. Die politischen Maßnahmen zur Krisenüberwindung, insbesondere die angekündigten Konjunkturprogramme von Bund und Ländern, müssen dem Erreichen des 1,5°-Zieles des Pariser Klimaabkommens und der Ziele des internationalen Abkommens zur Erhaltung der biologischen Vielfalt dienen, zugleich der weiteren sozialen Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken, die europäische Solidarität befördern und die globale Verantwortung wahrnehmen. Anders als bei der Finanzkrise 2008/09 sollte ein Konjunkturprogramm nach der Corona-Krise für Investitionen in den sozial-ökologischen Strukturwandel genutzt werden.

1/5

Chancen und Risiken der Corona-Krise für Klimaschutz und Biodiversität

Die Corona-Krise zeigt starke Parallelen zur Klima- und Biodiversitätskrise: Sie wirkt global und weitreichend und beinhaltet ein enormes Risiko von Kipp-Punkten, also von irreversiblen extrem riskanten Effekten, falls bestimmte Schwellenwerte überschritten werden. Trotzdem ist das politische Krisenmanagement extrem unterschiedlich. Während bei Corona schnell und wirksam auf Basis wissenschaftlicher Empfehlungen reagiert wird, werden bei der Klimakrise genauso wie bei der Biodiversitätskrise wirksame Maßnahmen mit Hinweis auf soziale und ökonomische Belastbarkeitsgrenzen in die weitere Zukunft verschoben, obwohl die Risiken und Kosten dadurch fortwährend steigen und die Beherrschbarkeit der Problemlagen immer schwieriger wird. Und das, obwohl gerade auch die Klimakrise schon jetzt verantwortlich für den (vorzeitigen) Tod Hunderttausender Menschen ist und Millionen die Existenzgrundlage nimmt, insbesondere in den Ländern des globalen Südens.

Bemerkenswert ist, wie schnell und eindeutig Politik und Bevölkerung bereit sind, massive Beschränkungen von Grundrechten, Mobilität und Wirtschaftsaktivitäten zu akzeptieren und das persönliche Verhalten zu ändern. Im Gegensatz dazu wurde – anders als bei vielen sozialen Fragen - bei zentralen umwelt- und klimapolitischen Problemstellungen das unbedingte Primat der Freiwilligkeit vehement reklamiert, und infolgedessen war zumeist eine weitgehende Wirkungslosigkeit der ergriffenen Maßnahmen festzustellen.

Position des BUND Bremen zum Bremer Konjunkturprogramm

Durch die aktuellen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie entstehen kurzfristig starke umwelt- und klimapolitische Effekte, die in der Regel zu einer deutlichen Verminderung von Emissionen und Ressourcenverbrauch führen. Eine Atempause für das Klima, die wahrscheinlich sogar dazu führen wird, dass die klimapolitischen Ziele der Bundesregierung für 2020, die eigentlich als nicht mehr erreichbar galten, nun möglicherweise sogar übertroffen werden. Anders im Bundesland Bremen, wo die KEP-Ziele auch unter diesen Bedingungen kaum erreichbar bleiben.

Diese Klimaschutz-Effekte sind aber nur ein kurzfristiger Nebeneffekt des Lockdown und des krisenbedingten Wirtschaftseinbruchs. Es besteht ein hohes Risiko, dass auf- und nachholende Produktion und Konsum den Ausfall nach Corona sogar überkompensieren werden, ganz im Sinne der Wachstumsorientierung der globalisierten Wirtschaft. Zusätzlich artikulieren sich zunehmend Kräfte in Politik und Wirtschaft, die mit Hinweis auf sogenannte Corona-Schäden umwelt- und klimapolitische Maßnahmen aufgeben oder verschieben und Standards reduzieren wollen.

Auch droht die Gefahr, dass zukünftig durch die zur Corona-Schadensbewältigung aufzulegenden Konjunkturprogramme der finanzielle Spielraum für klima- und umweltpolitische Maßnahmen noch enger wird und insbesondere die dafür notwendigen Finanzbedarfe für die rückwärts gerichtete Wiederherstellung des Status quo ante verbraucht sein werden. Die nun diskutierten öffentlichen Investitionen zur Stützung der Konjunktur nach der Corona-Krise werden in gewaltigem Ausmaß zukünftige Steuerzahler*innen und Generationen finanziell belasten. Es ist deshalb auch ein Gebot der Generationengerechtigkeit, dass diese Investitionen für den anstehenden Strukturwandel und somit für die Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen genutzt werden. Die Corona-Krise bietet damit auch eine Chance, den strukturellen Wandel zu beschleunigen, wenn öffentliche Gelder zielgerichtet investiert werden.

2/5

Ein Konjunkturprogramm für Bremen – ökologisch und sozial ausgerichtet

Bürgermeister Andreas Bovenschulte hat im Weser-Kurier vom 11.04.20 „mittelfristig“ ein kreditfinanziertes Konjunkturprogramm für Bremen angekündigt. Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, Kristina Vogt, konkretisiert dies im Weser-Kurier vom 16.04.20 dahingehend, dass das Konjunkturprogramm den Unternehmen bei Digitalisierung und ökologischem Umbau helfen soll.

Der BUND Bremen unterstützt die Absicht der Landesregierung, den Weg von bremischer Wirtschaft und Gesellschaft aus der Krise heraus mit staatlichen Finanzimpulsen zu befördern und zu lenken. Die Wirtschaftsstruktur unseres Bundeslandes wird geprägt von Automobilfertigung, Stahlproduktion, Luft- und Raumfahrttechnik, Nahrungsmittelindustrie und Hafen- und Logistikwirtschaft. Damit steht die Bremer Wirtschaftsstruktur vor einem besonders hohen Änderungsdruck im Kontext der Klimakrise. Die europäischen und nationalen Klimaziele wie die Klimaneutralität bis 2050 erfordern erhebliche Kraftanstrengungen in zentralen Bereichen der Bremer Wirtschaft, wenn das Bundesland Bremen nicht Verlierer des anstehenden Strukturwandels sein will.

Ein bremisches Konjunkturprogramm ist die einmalige Gelegenheit, den strukturellen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft im Land Bremen in Richtung Nachhaltigkeit und Klimaschutz deutlich voranzubringen und entscheidende Schritte in Richtung einer sozial-ökologischen Transformation zu gehen. Oberste Maxime muss eine Orientierung des Konjunkturprogramms an der Erhaltung und Entwicklung zukunftsfähiger Arbeitsplätze und der Erhaltung und der Qualifizierung öffentlichen Vermögens (Infrastruktur, Gebäude, Unternehmungen) mit dem Ziel der Einhaltung des 1,5°-Ziels des Pariser Klimaschutzabkommens und einer Trendwerde im Artensterben sein. Wenn ein solches Konjunkturprogramm dagegen nicht für diesen Umbau genutzt wird, werden es die finanziellen

Position des BUND Bremen zum Bremer Konjunkturprogramm

Spielräume des Landes vermutlich über Jahre kaum mehr zulassen, die langfristig zentralen Zukunftsaufgaben anzugehen. Das Bremer Konjunkturprogramm muss daher mit der Erreichung der internationalen, europäischen, nationalen und landespolitischen Ziele im Klima- und Biodiversitätsschutz konformgehen.

Grundsätzlich gilt, dass schuldenfinanzierte Investitionen den finanziellen Handlungsspielraum in der Zukunft senken. Dies gilt aufgrund des hohen Altschuldenstandes ganz besonders für Bremen. Daher müssen auf diese Weise aufgebrauchte Mittel in aller erster Linie zum Wohle zukünftiger Generationen ausgegeben werden. Insbesondere benötigt die Herausforderung der sozial-ökologischen Transformation hohe öffentliche Investitionen in den 2020er Jahren. Ein Corona-Konjunkturprogramm in Bremen muss diesem Ziel dienen. Wir unterstützen auch die von vielen gesellschaftlichen Kräften geforderte soziale Ausrichtung eines solchen Programms.

Ein Konjunkturprogramm für Bremen – zehn Eckpunkte für Maßnahmen

Der BUND hält folgende Maßnahmen für geeignet, in einem bremischen Konjunkturprogramm relevante Beiträge zur sozial-ökologischen Transformation anzustoßen:

- (i) Öffentliches Geld wird prioritär für öffentliche Leistungen aufgewendet. Dazu zählen insbesondere a) der Umbau der Verkehrsinfrastruktur zugunsten emissionsfreier, platzsparender, gemeinschaftlicher Mobilität, b) die energetische Sanierung des Gebäudebestandes, die solare Strom- und Wärmeerzeugung in den Solarcities Bremen und Bremerhaven und der Umbau der Energieerzeugungs- und Übertragungsinfrastruktur im Kontext des Bremer Kohleausstieges, c) das Umsteuern zu flächensparendem, klimaneutralem möglichst klimapositivem Neubau unter Minimierung der Grauen Energie u.a. durch Einsatz von Holzbau und Recyclingmaterialien, d) der Ausbau und die Qualifizierung des Stadtgrüns für mehr Lebensqualität und Biodiversität in der Stadt und zur Anpassung an den Klimawandel, d) die Restaurierung von Gewässerökosystemen in Bremen und dem Umland.
- (ii) Investitionen in anderen Sektoren (etwa Gesundheitsversorgung, Wohnungswesen oder Umbau der Bremer Innenstadt) sind konsequent an Umweltstandards, insbesondere CO₂-Neutralität und Netto-Null-Flächenverbrauch, zu koppeln. Hierbei kann der zwar angekündigte, aber immer noch nicht verabschiedete Klimavorbehalt ein hilfreiches Steuerungsinstrument sein.
- (iii) (Indirekte) Hilfen für die Industrie zur Wiederherstellung des Status quo ante lehnen wir ab. Eine Rückkehr zur expansiven Flächenpolitik insbesondere im Industrie- und Gewerbebereich darf es genauso wenig geben, wie den Bau weiterer Bundesfernstraßen und die Vertiefung der Weser, schon gar nicht auf Kosten intakter Nachbarschaften und wertvoller Ökosysteme. Besonderes Augenmerk muss dagegen einer hohen Flächeneffizienz und der Ertüchtigung im Bestand gelten.
- (iv) Die Förderung von Forschung & Entwicklung (Modellprojekte) für neue, zukunftsfähige Geschäftsfelder und die umweltfreundliche Herstellung klimaneutraler Produkte (Stahl, Automobil, Luftverkehr) sowie ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft sind dagegen sinnvoll. Der Ausbau von Wissenschaftsinfrastruktur in Verbindung mit Lehre an den Hochschulen des Landes muss sich auf Bereiche konzentrieren, die die sozial-ökologische Transformation voranbringen. Geeignete Maßnahmen könnten Anschubfinanzierungen

Position des BUND Bremen zum Bremer Konjunkturprogramm

für Forschungsprojekte zu Gelingensfaktoren für die sozial-ökologische Transformation oder neue, thematisch entsprechend ausgerichtete Lehrstühle sein, insbesondere in Logistik- und Wirtschaftswissenschaft.

- (v) Häfen und Logistik sind einerseits ein Lebensnerv des Bundeslandes, andererseits besonders anfällig für Erschütterungen der globalisierten Warenströme. Dennoch wird die schnelle Einführung emissionsfreier Antriebssysteme alleine keine hinreichende Antwort auf den notwendigen Strukturwandel dieses Sektors sein. Zwar muss die Stärke der bremischen Häfen als ausgeprägte Eisenbahnhäfen weiterentwickelt werden. Zugleich braucht es aber konstruktive Strategien zum Umgang mit der bevorstehenden Re-Regionalisierung von Produktions- und Lieferketten, z.B. über Short-Sea-Shipping mit emissionsfreien Schiffen. Der Weg dorthin darf nicht über LNG aus Fracking-Gas gehen.
- (vi) Re-Regionalisierung von Produktions- und Lieferketten muss die Konsequenz aus überzogener Globalisierung sein. Hierzu zählt auch die massive Steigerung von Wiederverwertungs- und Reparaturquoten. Hier liegt eine große Zukunftschance für kleine Handwerksbetriebe und Gewerbetreibende im Land Bremen, aber auch für solidarische Hilfe vor allem für arme Bevölkerungsgruppen.
- (vii) Die regionale Landwirtschaft braucht regionale Märkte für ihre Produkte. Die Ausrichtung an einer industriellen und exportorientierten landwirtschaftlichen Produktion ist ein Irrweg zulasten von Biodiversität und auskömmlichen bäuerlichen Einkommen. Die öffentliche Subventionierung der Landwirtschaft ist notwendig, muss aber strikt an ökologische Leistungen geknüpft werden, z.B. in Form einer Weideprämie für extensive Tierhaltung. Die bremische Landwirtschaft hat durch ihre Nähe zur Großstadt besonders gute Möglichkeiten der Diversifizierung von Einkommen u.a. durch Naturschutzleistungen und ökonomische Partizipation am städtischen Erholungsbedürfnis. Der weitere Aufbau regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen unter dem Label BioStadt und die weitere Erhöhung des Anteils von Bio-Betrieben können die bremische Landwirtschaft in der Region zum Labor für die Agrarwende machen.
- (viii) Das Bremer Konjunkturprogramm sollte sozial ausgewogen sein.
 - (a) Immer wieder verkannt wird die Bedeutung des Klein- und Mittelstands, des regionalen Handels und Handwerks sowie des Non-Profit-Sektors für Arbeitsplätze und Wertschöpfung. Ein Bremer Konjunkturprogramm sollte Fördertöpfe und -instrumente umfassen, die es insbesondere diesen Betrieben und Organisationen erlauben, erfolgreich in das klimaneutrale und digitale Zeitalter zu starten und die notwendigen Investitionen zu tätigen, um an den wirtschaftlichen Chancen der sozial-ökologischen Transformation in den nächsten Jahrzehnten teilzuhaben.
 - (b) Zu einer Transformation zählt auch eine Stärkung des Dienstleistungssektors durch verbesserte Arbeitsbedingungen, auskömmliche Löhne, weniger befristete Arbeitsverhältnisse und eine Aufwertung von Sorge-Arbeit. Sorge-Arbeit wird bisher überwiegend von Frauen geleistet, die sich mit ihrem privaten, ehrenamtlichen oder beruflichen Engagement um Kinder, alte oder kranke Menschen und Menschen mit Behinderung kümmern und damit den sozialen Zusammenhalt sichern, ohne jedoch eine ausreichende finanzielle und gesellschaftliche Wertschätzung dafür zu bekommen.

Position des BUND Bremen zum Bremer Konjunkturprogramm

- (c) Für viele Bremer Erwerbstätige hat zudem die Arbeitsbelastung in den letzten Jahren zugenommen, während die Löhne gleich geblieben und die Lebenshaltungskosten gestiegen sind. Stresssymptome und psychische Erkrankungen nehmen durch permanenten Druck zu. Bremen muss diese Missstände politisch bekämpfen und das Ziel von guter Arbeit dabei auch im öffentlichen Dienst konsequent verfolgen.
- (ix) Investitionen in nachhaltige Infrastrukturen, insbesondere im Verkehrssektor, sollten so gestaltet werden, dass sie die gesellschaftliche Teilhabe aller Stadtteile ermöglichen. Für mehr urbanes Grün und Umweltqualität besteht besonders in den unterversorgten Stadtteilen ein erheblicher Bedarf. Aber auch als Standortfaktor für Gewerbeansiedlungen und für die Attraktivität eines Wohnortes für Fachkräfte ist dies wichtig. Naturerlebnis und gute Atemluft sind Teil des guten Lebens und sollten mit gezielten Projekten in allen Milieus und Stadtteilen ermöglicht werden.
- (x) Bremen hat im Ländervergleich ein vorbildliches System der sozial-ökologisch ausgerichteten öffentlichen Beschaffung auf den Weg gebracht. Die Stadt wird mit Ökostrom versorgt und hat sich für die Kantinen von Kitas, Schulen und Krankenhäusern eine vollständige Umstellung auf Biofleisch vorgenommen. Dennoch ist auch im Beschaffungswesen noch einige Luft nach oben und damit großes Potenzial zur Beförderung der sozial-ökologischen Transformation. Es bedarf eines langfristigen Fahrplans mit Meilensteinen zum weiteren konsequenten Umbau der Beschaffung nach anspruchsvollen Kriterien auf Basis anerkannter Siegel hoher sozial-ökologischer Qualität. Darüber hinaus bietet es sich an, Transfer-Partnerschaften mit Unternehmen und Organisationen anzustoßen und damit zur Verbreitung eines sozial-ökologisch ausgerichteten Beschaffungswesens über den öffentlichen Sektor hinaus beizutragen.

5/5

Das geplante Bremer Konjunkturprogramm bietet die (vielleicht einmalige) Chance, dem notwendigen sozial-ökologischen Umbau der Bremer Wirtschaft einen entscheidenden Anstoß zu geben. Wichtige Kriterien sind dazu eine starke Gemeinwohlorientierung, eine substantielle Reduzierung des Ressourcenverbrauchs in allen Sektoren, eine Re-Regionalisierung der Wirtschaftskreisläufe sowie das Ziel eines guten Lebens. Ein zielgerichtetes erfolgreiches Programm braucht darüber hinaus auch genügend qualifiziertes, gerade auch in Umwelt- und Klimaschutzfragen versiertes Personal. Der BUND Bremen möchte im Austausch mit den Bürgern Bremens, der Politik und der Wirtschaft sowie gesellschaftlichen Interessengruppen einen Beitrag zur Gestaltung der Transformation leisten und mit diesem Positionspapier die öffentliche Debatte über Bremens Zukunft nach der Corona-Krise befruchten.

im April 2020

BUND Landesverband Bremen